

Die westlichen Staaten als Gegner von Freiheit, Selbstbestimmung und fundamentalen Menschenrechten

Überraschende Vorgänge an der UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban

Diethelm Raff, Durban, 2.9.2001

Anfang September haben Vertreter vieler Länder 9 Tage lang über eine Erklärung und ein Aktionsprogramm gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenangst und verwandte Intoleranz debattiert. Abgeschottet von der 200 Meter entfernten südafrikanischen Realität von Ungleichheit, zerrissenem Land mit grösster Armut und hoher Kriminalität sollten - in luxuriösen Kongresshallen und teuren Hotels - eigentlich Wege gegen den Rassismus gesucht werden. Rassismus als Gefühl der Höherwertigkeit, der Überheblichkeit und Arroganz gegenüber anderen Rassen, als fundamentaler Widerspruch zum Menschsein, zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, zeigte sich an der Konferenz ganz deutlich. Für viele Leser überraschend behandelten die Vertreter der westlichen Welt alle anderen ganz offen in kolonialistischer Manier. Unter dem Titel neuer Menschenrechte versuchten besonders die Vertreter der EU, von Kanada, Norwegen, Australien und Neuseeland den anderen - souveränen - Ländern mit allen Listen, Kniffen, autoritärem Gehabe und ihrem Geld aufzuzwingen, was sie denken sollen.

Die Papiere waren schon in verschiedenen vorangegangenen Treffen diskutiert worden. Wo Uneinigkeit geherrscht hatte, sollte nun Einigung erzielt werden. Das war deshalb besonders schwierig, weil die westlichen Länder sich zum Ziel gesetzt hatten, unter dem Titel Rassismus ganz andere Themen einzubringen. So weigerte sich zum Beispiel die EU tagelang ein Zentrum gegen Rassismus zu unterstützen, das insbesondere den Sklavenhandel untersuchen sollte. Die EU wollte stattdessen ganz allgemein ein Zentrum für Gleichheit. Das muss erstaunen, wird doch in der UNO für jedes Problem solch eine Institution gegründet. Für die afrikanischen Länder war das deshalb eine Provokation. Hintergrund für diese Massnahme war das Ziel der EU, den Rassismus als Ungerechtigkeit gegenüber den Schwarzen über Jahrhunderte für heutige politische Ziele einzusetzen. Die EU wollte unter dem Titel von Rassismus Wahlrecht für Nichtbürger, Heirat für Homosexuelle, Anerkennung von Pädophilen, Bevorzugung von Frauen unter harmloser klingenden Begriffen wie Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und gender durchzusetzen.

Die Mehrheit der Vertreter souveräner Staaten wollte sich mit diesen Themen insbesondere an dieser Konferenz nicht befassen. Die europäischen ehemaligen Kolonialmächte hätten Gelegenheit gehabt, zu zeigen, dass sie heute demokratische Länder sind. Dazu hätte gehört, sich von den Grossmachtansprüchen und der Überheblichkeit früherer europäischer Länder zu distanzieren. Zum Beispiel zu benennen, dass ein Zusammenschluss freier Bürger in einem demokratischen Rechtsstaat zur bestmöglichen Regelung des Lebens für die allgemeine Wohlfahrt und die Entfaltung der Individuen im Gegensatz zu jeglicher Eroberung oder Dominanz über andere Völker oder Gruppen steht. Zur Bedeutung freier demokratischer Rechtsstaaten wurde jedoch kein Wort von westlicher Seite laut. Das muss umso mehr als stossend angesehen werden, als dieselben Staaten Zivilisation und liberale Weltanschauung dann behaupten, wenn sie Krieg ankündigen.

Die Arbeitsgruppen, die die Papiere durchgehen sollten, wurden von den westlichen Ländern systematisch lahm gelegt. Alle Artikel, in denen von Rasse die Rede war oder von rassistisch wurden boykottiert. Was war der Grund dafür? Die westlichen Länder wollten den Begriff des Rassismus mit anderen Inhalten besetzen. Rassismus ist so negativ besetzt, dass jeder, der als solcher bezeichnet werden kann, politisch nicht mehr haltbar ist. Als Rassist soll nach der neuen Definition aber jeder bezeichnet werden können, der in irgendeiner Weise einer sozialen oder kulturellen Gruppe die Gleichbehandlung abspricht, nicht etwa nur vor dem Gesetz, sondern auch im sozialen Zusammenleben. So soll die sexuelle Orientierung, also auch ein Pädophiler, kein Grund für Diskriminierung sein. Das bedeutet, dass zum Beispiel, dass er nicht vom Kindergarten abgehalten werden darf. Im Gegenteil muss man ihm - so man nicht als Rassist beschimpft werden will - besondere Förderung angedeihen lassen, bis Pädophile. Ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend, als Kindergärtner tätig sind. Genauso darf niemand aufgrund seiner Nationalität oder Sprache diskriminiert werden. Das bedeutet, dass jeder Anrecht darauf haben muss, dass er bei Behörden sich in seiner Sprache ausdrücken können muss, also Anspruch auf einen Dolmetscher hat. Wenn es zum Beispiel weniger Lehrer in der Schweiz gibt, die jugoslawischer Herkunft sind als es dem Bevölkerungsanteil entspricht, so bestünde eine Diskriminierung, die mit staatlichen Massnahmen ausgemerzt werden müsste. Genauso müssten HIV-Positive besonders gefördert werden, so dass sie ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend in allen Positionen arbeiten.

Wer gegen diese Ideen Einwände haben könnte, soll als Rassist bezeichnet werden können. Das war der Grund dafür, dass die westlichen Länder den Begriff der Rasse im Dokument nicht mehr sehen wollten, er sollte von Rassismus und rassistisch getrennt werden. Das hiess nichts anderes, als dass sie das Leiden der Schwarzen für eigene ideologische Ziele nutzen wollten. Die westlichen Länder, obwohl in der Minderheit, setzten sich am Schluss durch. Sie schoben alle diese Artikel so lange auf, bis die Konferenz beendet war. Die autoritär auftretende Vertreterin der EU verlangte sogar von allen anderen Ländern, dass sie sich mit ihrem neuen soziaologischen Verständnis von Rasse auseinanderzusetzen hätten und mit ihnen diskutieren müssten. In ihrer Arroganz luden die westlichen Länder dann die anderen nicht etwa dazu ein, sondern warteten, bis sich diese bei ihnen meldeten. Sie praktizierten mit den Vertretern souveräner Staaten einen Prozess des neurolinguistischen Programmierens.

Artikel, die in irgendeiner Form daran erinnern hätten können, dass Israel gegen verschiedenste UNO-Konventionen wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstösst, wurden mit fadenscheinigen Argumenten so in die Länge gezogen, dass sie nicht mehr behandelt wurden. Berechtigterweise wurde das Selbstbestimmungsrecht auch von Israel benannt und die rassistische Behandlung der Juden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Israel auch für sich selbst einfordert, hätte an die Unterdrückung der Palästinenser erinnern können und wurde wohl deshalb von der EU und Kanada auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die eine gemeinsame Sprache finden sollte, was bis zum Schluss nicht geschah.

Der undemokratische Ablauf zeigte sich in vielen Vorgängen. Die Artikel wurden nicht der Reihenfolge nach behandelt, so dass sich die Länderverteter gar nicht richtig vorbereiten konnten, insbesondere nicht die kleinen Länder, die wenige Vertreter mitbrachten. Länder wie Syrien und Pakistan, Jamaika und Barbados forderten mehrfach ein ordentliches Verfahren ein, wie es überall auf der Welt üblich ist. Es war beschämend für jeden ehrlichen Menschen zu sehen, dass diese Länder daraufhin vom Vorsitzenden, von der EU und von Kanada so hingestellt wurden, als ob sie den Verlauf der Konferenz stören würden. Andere Ländervertreter trauten sich nicht, weiterhin ein ordentliches Verfahren anzumahnen.

Die EU und Kanada konnten entgegen jeder Abmachung über den Ablauf der Tagung jederzeit neue Artikel einbringen. Die Entwicklungsländer wurden immer darauf hingewiesen, dass es jetzt nicht der richtige Ort sei. Einzig die Vertreterin von Pakistan wies immer wieder mutig auf die Diskriminierung der Entwicklungsländer hin.

Die EU und Kanada forderten von den anderen Ländern immer Kompromissbereitschaft ein. Sie selbst änderten aber an ihren Meinungen nie etwas, formulierten jeweils einen Paragraphen mit anderen Worten so um, dass dieselbe Aussage drinsteht in der Hoffnung, dass die Entwicklungsländer das nicht merken würden. Das war auch oft der Fall, da die Arbeitssprache Englisch war, die Entscheidungen im 5-Minutentakt fielen und trotz der Übersetzung in 6 Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Chinesisch, Arabisch) der Inhalt und die damit verbundenen Auswirkungen neuer Formulierung nicht so schnell deutlich werden. Viele Delegierte können nicht in ihrer eigenen Sprache den Verhandlungen folgen.

Wie an jeder UNO-Konferenz werden die Verhandlungen lang, oft bis in die Nacht. Die UNO sorgt nicht für Übersetzer in genügender Zahl. So werden gerade in komplizierten Verhandlungen nach einigen Tagen erklärt, es müsste in Englisch weitergesprochen werden. Es war wieder ein Syrer, der darauf hinweisen musste, dass dieser Vorgang seit Jahren an internationalen Konferenzen zu beobachten sei und sie nicht mehr bereit seien, so zu verhandeln. Die UNO wisse, dass man genügend Übersetzer brauche. Die Araber hätten schon zu vielen Paragraphen zugestimmt, die sie gar nicht unterstützen könnten. Zum Beispiel sei die Bedeutung der Familie in den UNO Papieren zu gering gewichtet. Auch diesmal wurde der Syrer wieder als einer hingestellt, der den Ausgang der Konferenz behindern wolle.

Systematische Verzögerungen ergaben sich auch dadurch, dass die Konferenzleitung mit Unterstützung der EU und Kanada die Delegierten in andere Räume schickte, die Arbeitsgruppen zusammenlegte, worauf die Entwicklungsländer einfordern mussten, sie wollten getrennt tagen, um alle Papiere zu diskutieren. Wiederum die Syrer, Iran, Brasilien und China mussten darauf hinweisen, dass es die Delegierten selbst sind, die als Vertreter souveräner Staaten über den Ablauf der Konferenz bestimmen würden. Es gäbe keine Leitung, die zu bestimmen habe, was diskutiert werde und was nicht. Trotzdem versuchte Mary Robertson und Arbeitsgruppenleiter permanent, die beschlossene Arbeitsweise zu umgehen und die Delegierten daran zu hindern, über das Thema zu sprechen, das Konferenzthema war.

Wenn keine Einigung über einen Artikel zustande kam, so mussten die Ländervertreter in speziellen Gruppen miteinander verhandeln. Die Koordination bedeutete natürlich immer zusätzliche Arbeit. Diese Arbeit machten hauptsächlich Entwicklungsländer, die meistens nur wenige Delegierte bezahlen konnten. Die EU, die Hunderte von Delegierten mithatte koordinierte nie. In alter Kolonialistenmanier überliessen sie die Arbeit anderen, um Zeit zu haben, ihre Interessen durchzusetzen. Die von Entwicklungsländern gefundenen Kompromisse auch mit der EU, die meist darin bestanden, dass sie sich weitgehend der EU anpassten, wurden dann von der EU im Plenum sehr häufig wieder abgelehnt - oft ohne Begründung. Vorsichtige Anfragen zum Beispiel von Jamaica, ob sie nicht einen Grund dafür erklären könnten, um einen Kompromiss finden zu können, wurden einfach nicht beantwortet.

Man kam sich vor, als ob man an europäischen Universitäten in den 70er und 80 Jahren sei, in denen die marxistischen Gruppen mit verschiedenen Methoden der Manipulation, mit

Ordnungsanträgen und Tricks ihre ideologischen Interessen gegen die Mehrheit knallhart durchsetzen.

Empört über diese offen zur Schau getragene Ungleichbehandlung durch die westlichen Staaten, über die ungeheure Arroganz im Auftreten und beschämt über das Verhalten von unseren Staaten, die für sich in Anspruch nehmen, die Menschenrechte und demokratische Gepflogenheiten einzuhalten konnte man sich nur fragen, warum sich das die Entwicklungsländer bieten lassen. Wenn man mit deren Delgierten sprach, so wurde der Grund deutlich. Sie sagten mir, sie wären auf das Geld angewiesen, das sie von den westlichen Ländern erhalten würden. Sie empfanden alle dieses Ungerechtigkeit, hätten sie aber gegenüber Europäern nicht direkt ausgesprochen. Man musste als Europäer erst seine eigenen Beobachtungen formulieren, um zu erfahren, dass sie das auch stört. Allerdings war die Untertänigkeit oder zumindest der Fatalismus zu spüren, dass gegen diese Mächte nicht viel zu unternehmen sei. Die meisten der Vertreter waren geduldig und ehrlich und kannten die Manipulationsmethoden offenbar nicht, die insbesondere die 4 öffentlich auftretenden knallharten Frauen der EU und der Vertreter Kanandas einsetzten.

Einige Entwicklungsländer versuchten sich gegen diese Instrumentalisierung der Konferenz zu wehren. Besonders hervorzuheben ist das mjtige Auftreten der Vertreter von Barbados, von Jamaica und der Vertreterin von Pakistan.

Zurecht fragte der Vizepräsident der Universität von Barbados, warum die Europäer überhaupt auf solch eine Konferenz kommen würden, wenn sie sich gar nicht mit Rassismus befassen wollten, sondern ganz andere Themen behandelten. Mehrfach wies er mutig und berechtigt darauf hin, dass die westlichen Staaten die Entwicklungsländer auf eine Art und Weise behandelten, die an den Rassismus vergangener Jahrhunderte erinnert. Die westlichen Staaten wehrten sich mit keinem Wort dagegen, sondern führen mit ihrer Strategie fort.

Die arabischen Länder erklärten schon zu Anfang im persönlichen Gespräch, dass man versuchen würde, ihnen den schwarzen Peter zuzuspielen. Sie hätten keine Chance, in den Medien der westlichen Welt darauf hinzuweisen, dass sie über die UNO eine andere Kultur aufgezwungen bekommen wollten. Es sei die Sache der Europäer, wenn sie ihre Familien und ihre Kinder so schlecht behandeln, wenn sie allen möglichen Randgruppen eine besondere Rolle im Staat zuschieben wollten, wenn sie fänden, dass es nicht nur zwei Geschlechter gäbe, sondern fünf, wenn sie die Nationalstaaten schwächen wollten. Sie wollten aber so leben können, wie sie es sich wünschen. Man werde sie als Feinde hinstellen, so wie man sie als Störer in den Verhandlungen darstelle.

Die Behandlung der Entwicklungsländer ist schärfstens zu verurteilen. Die demokratischen westlichen Staaten führen sich als Diktatoren auf. Die isallmischen Länder finden sich zusammen in ihrem Stolz, eine eigene Kultur zu haben, die sie sich nicht ohen weiteres nehmen lassen. Es muss sich niemand wundern, wenn für sie die demokratischen Länder mit ihren weitgehend maroden sozialen Zusammenhalt kein Vorbild sind. Der Westen demütigt diese Länder. Wie soll ein friedliches Zusammenleben daraus entstehen?

Es ist eine Schande, dass am Schluss der Konferenz, an dem die Medien anwesend waren, Länder wie Syrien, Irak und Iran in öffentlichen Stellungnahmen darauf hinweisen mussten, dass der

gesamte Konferenzablauf undemokratisch war, die Meinungsfreiheit hintertrieben hat und das Zusammenleben der Völker auf diese Art und Weise gestört wird. Sie hatten sehr recht. Die anwesenden Medienvertreter berichteten darüber nicht. Wer soll auf der Welt das friedliche Zusammenleben befördern, wenn die westlichen Länder im Namen der Gerechtigkeit, der Zivilisation und der offenen Gesellschaft Krieg führen und andere Länder, Kulturen und Menschen wie Kolonisatoren behandeln?

Die Bürger selbst sind gefordert, wenn Kriege verhindert werden sollen.